

Leipzig: Stadt der Möglich- keiten

Dafür arbeiten wir.

Wahlprogramm
2024



**Freie
Demokraten**

FDP

Leipzig strahlt durch seine Dynamik, durch die Vielfalt an Kultur, die unterschiedlichen Stadtteile mit ihrer jeweiligen Einzigartigkeit, durch ein einzigartiges Flair und nicht zuletzt durch die Bürgerinnen und Bürger, die hier leben und diese Stadt durch ihr Engagement gestalten. Sie sind es, die Leipzig zu der einzigartigen Großstadt gemacht haben, die sie heute ist.

Zugleich legt sich eine lahme Kommunalpolitik wie Mehltau über unsere Stadt: Verwaltungsakte dauern immer länger, Bauanträge ziehen sich über viele Jahre, Infrastrukturprojekte werden nicht abgeschlossen, moderne Verkehrsinfrastruktur wird nicht angegangen, der Sanierungsrückstand bei Schulen wird immer größer. Viele Akteure der Leipziger Kommunalpolitik möchten die Aufgaben und Befugnisse von Verwaltung und Politik immer weiter ausweiten und damit die Gestaltungsspielräume der Bürgerinnen und Bürger einengen. Wir Freie Demokraten sind die politische Kraft in Leipzig, die zuerst den Menschen vertraut und ihnen mehr Freiraum geben möchte, und die der zunehmenden Selbstüberforderung der Verwaltung entgegen tritt.

Wir wollen Leipzig zur Stadt der Möglichkeiten machen. Unser Ziel ist eine blühende Stadt, die Menschen anzieht, die aus eigener Kraft etwas bewegen möchten. Wir stehen für ein weltoffenes Leipzig der Chancen und Freiräume. Unser Ziel ist, dass sich jede Leipzigerin und jeder Leipziger nach den eigenen individuellen Wünschen und Lebensplänen in unserer Stadt verwirklichen und Dinge bewegen kann. Und wir vertrauen in allem zunächst den Kräften und dem Potenzial der Bürgerinnen und Bürger und erst danach der Kontrolle von Staat und Verwaltung.

Das sind wir

Wir Freie Demokraten sind Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die im Leben stehen und ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen für eine liberale Kommunalpolitik in Leipzig. Ob Handwerker, Ingenieurin, Unternehmer, Softwareentwickler, Lehrerin, Angestellte oder Krankenpfleger: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten engagieren sich dafür, dass Politik von Menschen mit Beruf gemacht wird statt von Berufspolitikern. Wir arbeiten ehrenamtlich für unsere Stadt, damit diejenigen eine Stimme haben, die aus eigener Überzeugung heraus anpacken.

Dafür arbeiten wir

Wir arbeiten für eine moderne, digitale und schlanke Verwaltung, die sich als Dienstleisterin gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern versteht. Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, die moderne Verfahren und Technologien einsetzt und die Digitalisierung entschlossen vorantreibt. Wir wollen eine Verwaltung, die die Sprache der Menschen spricht und kein Behördendeutsch. Wir kämpfen

für Ämter, die dort sind, wo die Menschen sind. Und das ist immer öfter im Internet. Wir streiten für eine gläserne Verwaltung, die offen legt, was sie macht, und gegen gläserne Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen Leipzig als Digitalstadt im nationalen und internationalen Vergleich nach vorne bringen.

Wir arbeiten für eine Wohnungs- und Baupolitik, die sich als Wegbereiter und nicht als Verhinderer von Entwicklung begreift. Baurechtschaffung muss viel schneller gehen und kurze Bearbeitungszeiten garantieren. Wir wollen Bürokratie so weit es geht reduzieren und Eigentümern und Bauherren größere Freiräume geben. Günstiger Wohnraum lässt sich nicht herbei regulieren, sondern nur durch eine konsequente Reduzierung von Kostentreibern wie Bürokratie und Bauvorschriften, durch Neubau und Sanierung schaffen. Einem angespannten Wohnungsmarkt können wir nicht durch eine Mietpreisbremse begegnen, sondern durch schnelleres und einfacheres Bauen und Sanieren sowie eine bessere Verkehrsanbindung abgelegener Wohnlagen. Unser Ziel ist nicht die Verfestigung des Status Quo durch Erhaltungssatzungen, sondern ein Mehr an Lebensqualität nach individuellen Wünschen. Ob Eigenheim, Eigentums- oder Mietwohnung: Wir arbeiten dafür, dass möglichst viele Menschen ihrem individuellen Wohntraum näher kommt.

Wir arbeiten für eine Verkehrspolitik, die individuelle Mobilität unabhängig von den jeweils favorisierten Verkehrsmitteln ermöglicht. Wir wissen, dass Mobilität individuell sein muss, weil die Menschen, die mobil sind, individuell sind und ganz eigene Wege gehen. Darum wollen wir, dass alle Leipzigerinnen und Leipziger nach ihren eigenen Vorstellungen von A nach B kommen. Wir streiten für eine Verkehrswende durch attraktive Alternativen zum eigenen PKW statt durch Behinderung des Autoverkehrs. Wir wollen die Menschen nicht durch Zwang zum Umstieg bewegen, sondern durch komfortable und schnelle Alternativen. Wir wollen einen reibungslosen Autoverkehr. Wir kämpfen aber ebenso für eine sichere, schnelle und angenehme Radinfrastruktur, die von Auto- und Fußverkehr baulich getrennt ist, und für gute Fußwege. Unser Ziel ist ein Mix an Mobilitätsangeboten, der individuelle Mobilität in einer urbanen Großstadt gewährleistet.

Wir arbeiten für eine Schulpolitik, die das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft mit Leben füllt. Leipzigs Schulen zeigen den Sanierungsstau der letzten Jahre überdeutlich. Dabei gehören Schulgebäude und ihre Ausstattungen zu den wichtigsten Aufgaben einer Kommune, die Politik auch für junge und nachfolgende Generationen machen möchte. Auf Bundesebene haben wir Liberale gerade ein milliardenschweres Förderprogramm für Schulen realisiert, damit Chancen wieder besser verteilt werden. Auch auf kommunaler Ebene kämpfen wir dafür, dass Schulen wieder Priorität erhalten, und zwar gerade die Schulen in den Randge-

bieten und an sozialen Brennpunkten. Wir stehen für Aufstiegsversprechen statt Abstiegsangst! Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben.

Wir arbeiten für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen Freiräume lässt und auf die Innovationskraft der Unternehmerinnen und Unternehmer vertraut. Für viele Menschen ist die Arbeit, der sie nachgehen, mehr als nur Gelderwerb. Sie ist zentrales Moment eines freien und selbstbestimmten Lebens, sie ist Lebensinhalt und im besten Fall erfüllend. Dies gilt insbesondere für die Selbstständigen und Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Stadt, für die vielen Freiberufler und Soloselbständigen, aber auch für Arbeitnehmer, die mit Leidenschaft, Fleiß und Engagement unsere Gesellschaft voran bringen. Wir wollen Leipzig zum Anlaufpunkt all derer machen, die durch eigene Leistung vorankommen und Dinge bewegen möchten.

Wir arbeiten für eine Sozialpolitik, die die Menschen wieder zu Piloten ihres eigenen Lebens macht. Nicht allen Menschen fällt es leicht, ihren Platz im Berufsleben zu finden. Manche sind durch Rückschläge, durch Krankheit oder Schicksalsschläge in berufliche Krisen geraten. Wir Freie Demokraten arbeiten für eine Kultur der zweiten Chancen. Denn das Ziel ist immer, Menschen zu einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben zu verhelfen. Wir streiten für eine vorsorgende und aktivierende Sozialpolitik, die Hilfe zur Selbsthilfe leistet, sich immer wieder selbst hinterfragt, klare Prioritäten setzt und auf die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen achtet. Uns geht es darum, Notlagen zu überwinden oder gar nicht entstehen zu lassen, statt Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen zu verfestigen.

Wir arbeiten für eine Nachhaltigkeitspolitik, die die Menschen miteinbezieht und auf die wirksamsten Maßnahmen setzt. Wir Leipziger Freie Demokraten bekennen uns zum Klimaschutz als liberale Kernaufgabe. Denn wir engagieren uns für die Freiheit junger und späterer Generationen. Gleichzeitig sehen wir es als unsere Verantwortung, liberale, bürgerliche Interessen vor ideologisch getriebener Symbolpolitik zu schützen. Das erreichen wir, indem wir Kompromisse verhandeln, Abwägungen treffen und Meinungen zusammenführen. Viele Menschen setzen sich in ihrem privaten Umfeld, in ihrem Handeln und ihren Entscheidungen bereits für Nachhaltigkeit ein. Nachhaltigkeit funktioniert nur mit Realismus und nur mit den Beteiligten, nicht gegen sie, deswegen müssen wir Klimaschutz zu einem gemeinsamen Projekt über Milieugrenzen hinweg machen.

Wir arbeiten für eine Finanzpolitik, deren Eckpfeiler Effizienz, Entlastungen und klare Prioritäten für eine starke Wirtschaft sowie hohe Lebensqualität in Leipzig sind. Wir wollen die kommunalen Steuern so gestalten, dass sie die Wirtschaft nicht unnötig belasten und gleichzeitig ein attraktives Umfeld für Un-

ternehmen schaffen. Wir setzen uns zudem für eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik ein, die sicherstellt, dass die begrenzten Ressourcen der Stadt dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Bei der Priorisierung legen wir besonderen Wert auf eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur sowie die Kernaufgaben der Stadt.

Modernes Leipzig – digitale Verwaltung

Technik und Gesellschaft wandeln sich in immer schnellerer Geschwindigkeit, während gerade in Deutschland der Staat und seine Verwaltung mit dieser Entwicklung kaum Schritt halten können. Digitalisierung und Internationalisierung prägen das Leben von immer mehr Menschen, die längst eine viel größere zeitliche und räumliche Flexibilität leben und gewohnt sind. Wir wollen, dass die Verwaltung den aktuellen Ansprüchen genügt und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Maßstab macht.

Die Verwaltung muss ihre Abläufe an dem Leben und dem Alltag der Bürgerinnen und Bürger ausrichten, nicht die Menschen ihren Alltag an den Verwaltungsabläufen. So wollen wir ein Selbstverständnis der Verwaltung als Partner kultivieren und die Bürgerinnen und Bürger von Bittstellern und Antragsgegnern zu Partnern auf Augenhöhe machen. Dazu gehört auch, dass Verständlichkeit in der Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine deutlich höhere Bedeutung bekommt.

Digitalisierung und Internationalisierung gehen Hand in Hand. Gerade in einer international erfolgreichen und global vernetzten Wirtschaft und Forschungslandschaft wird Deutsch zunehmend durch Englisch als Verkehrssprache ergänzt. Dem muss auch die Verwaltung Rechnung tragen, indem sie Englisch an geeigneten Stellen als zweite Sprache fördert. Eine moderne Verwaltung wendet sich nicht ausschließlich an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, sondern ist Ansprechpartner für Menschen auf der ganzen Welt. Dem muss sie in ihrer Kommunikation und Ansprechbarkeit Rechnung tragen.

Eine moderne Verwaltung lässt sich nur durch entschlossenes Voranbringen der Digitalisierung erreichen. Dazu gilt es, von den Chancen der Digitalisierung aus zu denken und nicht von den Risiken aus. Digitalisierung birgt auch Herausforderung, das ist uns Liberalen bewusst. Wir begegnen diesen Herausforderungen jedoch nicht zögerlich, sondern mit dem Mut, Digitalisierung aktiv zu gestalten.

Leipzig erfüllt mit seiner dynamischen IT-Wirtschaft und einer digitalen Zivilgesellschaft, den Start-up-Hubs und Coworking-Spaces alle Voraussetzungen, um Digitalisierung erfolgreich zu gestalten. Dennoch liegen wir laut Smart City Index 2023 im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung nur auf Platz 25 der deutschen Großstädte. Das Projekt der digitalen Transformation wurde in den vergangenen Jahren nicht entschlossen genug angegangen, wir wollen es höher priorisieren. Unser Ziel muss es sein, im bundesweiten Vergleich der Städte hinsichtlich der Digitalisierung in der Spitzengruppe zu liegen. Dafür braucht es politischen Willen, eine klare Strategie und eine zentrale Koordination zur Umsetzung.

- Viel zu oft verliert sich die Modernisierung der Verwaltung in einer Vielzahl verschiedener Akteure und einem komplizierten Netz an Zuständigkeiten, Kontroll- und Koordinierungsgremien. Wir begrüßen, dass Leipzig mit der Neuausrichtung des Hauptamts unter dem Titel eines Amtes für Digitalisierung und Organisation endlich beginnt, die Kompetenzen zu bündeln. Wir fordern, diesen Weg entschlossen weiterzugehen und das Geflecht an Zuständigkeiten bestmöglich zu bündeln.
- Digitalisierung gelingt, wenn eine Vision vorliegt mit einem Fahrplan zur Umsetzung. Leipzig braucht eine klare Digitalisierungsstrategie mit ambitionierten und überprüfbaren Zielen, die aufzeigt, wie Leipzig die Chancen der Digitalisierung in Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aktiv nutzen wird.
- Als Haupthindernis bei der Digitalisierung kristallisiert sich immer mehr ein Mangel an digitalen Kompetenzen innerhalb der Verwaltung heraus. Für eine erfolgreiche digitale Transformation ist es aber unabdingbar, entsprechende Fähigkeiten und Kenntnisse nicht nur von außen einzukaufen, sondern innerhalb der Verwaltung zur Verfügung zu haben.

Kompetenzen für den digitalen Wandel

Eine digitale Modernisierung der Verwaltung führt zu neuen Anforderungen an alle Beteiligten. Um diesen gerecht zu werden, muss die Verwaltung durch Fortbildung vorhandener und Anwerbung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entstehende Kompetenzlücken schließen. Uns ist insbesondere daran gelegen, Menschen zum Quereinstieg in die Verwaltung zu bewegen. Denn Personal aus der freien Wirtschaft steuert neue Perspektiven bei, fördert den Aufbau dringend benötigter Kompetenzen und stärkt den Kulturwandel hin zu einer bürgerorientierten Verwaltung.

- Im Zuge des Fachkräftemangels steigen zugleich die Herausforderungen, qualifiziertes Personal zu rekrutieren und zu halten. Wir stehen für nutzerfreundliche und barrierefreie Arbeitsplätze, die technologisch auf der Höhe der Zeit sind, für flexible Arbeitszeitmodelle und für die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten. Dabei wollen wir Home-Office-Fähigkeit als zentrales Kriterium der Software- und Hardwarebeschaffung einführen und die vorhandenen analogen Akten zügig zu digitalisieren.
- Wir setzen uns für eine ständige Förderung der digitalen Kompetenzen der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Lebenslanges Lernen muss in der Verwaltung zur Selbstverständlichkeit werden.
- Wir setzen uns für den Abbau von Hindernissen beim Wechsel in den Öffentlichen Dienst ein. Dazu muss der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst flexibilisiert werden. Wir fordern flexiblere Vergütungsregeln, um im Wettbewerb um die besten Köpfe mit der Privatwirtschaft bestehen zu können. Die Laufbahnregelungen müssen so angepasst werden, damit auch Quereinsteiger eine echte Chance haben. Wir wollen einen Verwaltungsführerschein als Ersatz für Verwaltungserfahrung einführen. Dafür soll an einer Verwaltungshochschule ein sechsmonatiger Crash-Kurs zu den Grundlagen der Verwaltung eingerichtet

werden, der mit einer Prüfung und einem Zertifikat beendet werden kann und bei Bestehen als vollwertiger Ersatz für die geforderte Verwaltungserfahrung anerkannt wird.

Gläserne Verwaltung statt gläserner Bürgerinnen und Bürger

Die digitale Verfügbarkeit von Daten weckt Neugier und Begehrlichkeiten, denen wir entschieden entgegentreten müssen. Digitalisierung braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat, welches wir durch Transparenz und klare Regeln sicherstellen wollen:

- Wir wollen, dass kein Verwaltungsmitarbeiter und keine Behörde sowie keine weiteren Personen Zugriff auf gespeicherten Daten haben, ohne dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zuvor ihre Zustimmung erteilt haben. Ausnahmen etwa im Falle der Kriminalitätsbekämpfung müssen klar geregelt sein und restriktiv ausgelegt werden. Opt-Out-Regelungen, wie sie heute bspw. auch im Falle der Herausgabe der Adressen von Erstwählern existieren, lehnen wir ab.
- Wir stehen für unbedingte Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bezüglich der Weitergabe von und der Einsichtnahme in Daten. Alle Zugriffe auf personenbezogene Daten müssen offen kommuniziert werden. Dazu muss zunächst sichergestellt werden, dass sämtliche Datenzugriffe protokolliert werden. Wir befürworten das in der Digitalisierungsstrategie des Bundes festgehaltene Ziel eines Datenschutz-Cockpits, in dem alle die zu ihrer jeweiligen Person gespeicherten Daten sowie die Zugriffe auf diese Daten einsehen können. Auch bei Dateneinsichten, die aufgrund von Ausnahmeregelungen freigegeben wurden, müssen die Betroffenen möglichst zeitnah informiert werden. Die verwendete Software sollte wo möglich Open Source sein und unabhängigen Experten die Möglichkeit zur Kontrolle geben.
- Die Datensicherheit im Sinne eines umfassenden Schutzes der gespeicherten Daten gegen Verlust, Manipulation und unberechtigten Einblick muss einen höheren Stellenwert erhalten. Von der Verwaltung erwarten wir ein öffentlich einsehbares Sicherheitskonzept auf aktuellem Stand, das zeitgemäße Prinzipien wie Privacy by Design und Security by Design umsetzt.

Auf der anderen Seite stehen wir hinter der Forderung nach einer gläsernen Verwaltung und umfassender Informationsfreiheit. Wo immer es möglich ist, sollen Informationen über die Stadt und die Verwaltung als Open Public Data maschinenlesbar und automatisiert abrufbar sein. Gremien und Foren sollen immer möglich öffentlich tagen, wenn dies rechtlich möglich ist.

Förderung der Akzeptanz

Die Digitalisierung der Verwaltung leidet in Deutschland oft noch an mangelnder Akzeptanz bei Teilen der Bevölkerung. Dem wollen wir durch Nutzerfreundlichkeit, Da-

tenschutz und Datensicherheit, leichte Verfügbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen und Garantien digitaler Teilhabe begegnen.

- Wir wollen die Akzeptanz durch Feedback aller Stakeholder und entsprechende Verbesserung des Dienstleistungsangebots und die Einnahme der Perspektive der Nutzer fördern.
- Es soll geprüft werden, ob ein Bedarf für Terminals der Nutzung des digitalen Personalausweises in Bürgerämtern und allen Bibliotheken besteht, und ob entsprechende Terminals auch bei privaten Anbietern in vertrauensvoller Umgebung stehen können, etwa in Bank oder Postfilialen. Offenes WLAN sowie digitale Endgeräte und Arbeitsplätze sollen in öffentlichen Bibliotheken, sozialen Einrichtungen, Seniorentreffs, Alten- und Pflegeheimen kostenfrei und anonym genutzt werden können, damit auch Menschen, die bisher von digitaler Teilhabe ausgeschlossen sind, Zugang zu den neuen Möglichkeiten erhalten.

Digitale Transformation

Digitale Transformation heißt nicht, vorhandene Verwaltungsvorgänge mit digitalen Medien anzureichern, sondern vor dem Hintergrund der neuen technischen und organisatorischen Möglichkeiten sämtliche Prozesse zu hinterfragen und dort, wo es gewinnbringend möglich ist, von Grund auf zu reformieren. Wir wollen die Digitalisierung als Gelegenheit nutzen, Verwaltung schlanker zu gestalten und Verwaltungsvorgänge über Ämter und Ebenen hinweg grundlegend zu reformieren. Gerade im Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern muss Verwaltung dadurch einfacher und transparenter werden. Unser Ziel ist es, die Beantragungsmöglichkeit für Verwaltungsdienstleistungen an einer einzigen Stelle zu bündeln, so dass jedes Anliegen an einem einzigen Anlaufpunkt vollständig beantragt werden kann (one-stop-shop). Wir wollen Mehrfachvorlagen von Unterlagen reduzieren, wo dies sinnvoll möglich ist (once-only). Und wir reduzieren Medienbrüche, also bspw. die Notwendigkeit, einen online ausfüllbaren Antrag auszudrucken und einzureichen.

- Bei jeder Aufgabe, für die sich digitale und analoge Umsetzungen anbieten, soll standardmäßig die digitale Variante bevorzugt werden (digital first). Es soll zukünftig einer Begründung bedürfen, wenn ein Verfahren analog ausgestaltet wird. Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, die dies wünschen, soll weitgehend auf digitale, papierfreie Formate umgestellt werden. Auch im direkten Schriftverkehr soll digitale Kommunikation der Normalfall werden. Die Möglichkeiten sicherer und verschlüsselter Kommunikation wollen wir ausbauen.
- Wo wir Prozesse auf digitale Verfahren umstellen, müssen wir auch den Mut aufbringen, die alten analogen Verfahren innerhalb der Verwaltung abzuschaffen. Ein Parallelbetrieb digitaler und analoger Verfahren bremst nicht nur die digitale Transformation, sondern führt auch zu erhöhter Komplexität und kann dadurch Akzeptanz, Sicherheit und Resilienz gefährden. Analoge Lösungen sind nicht per se barriereärmer als digitale Lösungen. Statt eines parallelen analo-

gen Prozesses ist immer zu erwägen, ob Personengruppen nicht besser in ihrer digitalen Teilhabe gestärkt werden können oder ein alternativer, an der digitalen Lösung orientierter Weg gefunden werden kann.

Aus anderen Bereichen wissen wir, dass Großprojekte in der IT regelmäßig scheitern. Daher hat sich ein agiles Vorgehen mit kleinen Iterationen und schnellem Feedback in der IT-Wirtschaft weitgehend durchgesetzt. Daran soll sich auch die Verwaltung orientieren.

- Wir wollen Kooperationen über die Grenzen von Ämtern, Behörden und Kommunen hinweg fördern. Für zeitlich eingegrenzte Projekte muss es selbstverständlich sein, interdisziplinäre Teams aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung zusammenzusetzen.
- Ein modernes Qualitätsmanagement muss in allen Bereichen der Verwaltung selbstverständlich werden. Dieses soll auf der Grundlage einer soliden Datenbasis erfolgen und sich an klaren und messbaren Erfolgskriterien orientieren.
- Wir wollen Start-Up-Unternehmen stärker in die Umsetzung der Digitalisierung des Staates einbinden, um Innovationspotential besser zu nutzen.

Digitale Souveränität – digitale Nachhaltigkeit

Digitale Souveränität bedeutet, langfristig handlungsfähig und frei in den Entscheidungen zu bleiben. Wesentliche Mittel zur Wahrung digitaler Souveränität sind Interoperabilität, Standardisierungen, die Nutzung von IT-Lösungen mit offenen Standards und offenen Schnittstellen, die Nutzung von Free Open-Source Software (FOSS), die Stärkung der Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen und überregionalen IT-Dienstleistern und die Ansiedlung von IT-Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung. Interoperabilität, offene Standards und offene Schnittstellen erleichtern es auch privaten IT-Dienstleistern und Softwareentwicklern, an staatliche Software und staatliche digitale Dienstleistungen anzudocken, und fördern so die Diversifizierung der IT-Dienstleister.

Abhängigkeiten gegenüber Anbietern sind zu vermeiden. Dazu setzen wir aber nicht auf die Entwicklung eigener Insellösungen, sondern auf Diversifizierung, FOSS und offene Standards. Eine Zusammenarbeit mit autoritären Regimes ist immer dort besonders kritisch zu betrachten, wo es um die Bereitstellung von Infrastruktur geht. Eine Abhängigkeit von bspw. chinesischen oder russischen Anbietern digitaler Infrastruktur ist stets zu vermeiden.

Sicherheit

Je stärker die Digitalisierung voranschreitet, desto wichtiger werden Datenschutz, Datensicherheit, Ausfallsicherheit und Resilienz staatlicher IT-Systeme.

- Wir fordern zentrale Stellen zur Koordinierung der Informationssicherheit und explizite Informationssicherheitsstrategien auf allen föderalen Ebenen. Auch

Leipzig soll eine zentrale Stelle für Informationssicherheit im Organisationsbereich des Amtes für Digitalisierung und Organisation einrichten. Informationssicherheit ist eine zentrale Aufgabe des Managements und muss entsprechenden Einfluss auf die strategischen Entscheidungen haben.

- Für die IT- und Informationssicherheit ist ein unabhängiges Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik essentiell. Wir lehnen alle Versuche ab, die Unabhängigkeit des BSI zu untergraben. Von der Stadt Leipzig erwarten wir, die Digitalisierung in enger Abstimmung mit dem BSI zu gestalten.
- Wir unterstützen die Forderung nach der Einführung eines Cyber-Hilfswerks zur Unterstützung staatlicher Stellen bei der Gefahrenabwehr und der Reaktion auf Angriffe und Ausfälle wichtiger Infrastruktur. Nur so können auch Kommunen im Notfall auf entsprechende Expertise zurückgreifen.
- Als Liberale fordern wir, die Daten und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger kompromisslos zu schützen und Security by Design und Privacy by Design in allen Bereichen staatlicher IT- und Softwarelösungen umzusetzen. Jede IT- und Softwarelösung muss Aspekte der Informationssicherheit, des Schutzes der Privatsphäre, der Ausfallsicherheit, Resilienz und Wiederherstellbarkeit von Grund auf mit bedenken.
- Im Bereich kritischer Infrastruktur soll ausschließlich FOSS-Software Verwendung finden und auch der Build-Prozess muss mitsamt allen Abhängigkeiten verfügbar sein, um bei der Behebung von Fehlern und Sicherheitslücken nicht von dem ursprünglichen Hersteller abhängig zu sein.
- Die Informationssicherheitsstrategie muss auch möglichen Missbrauch von Daten und Verletzungen der Privatsphäre durch Personen innerhalb der Verwaltung mit bedenken und wirksam verhindern.
- Ohne die Mitwirkung der Beteiligten lässt sich Informationssicherheit nicht gewährleisten. Daher fordern wir ein stärkeres Engagement in der Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Dies darf jedoch nicht als Ersatz für eine effektive Sicherheitsstrategie gelten. Die Informationssicherheitsstrategie sollte realistische Annahmen über die Anfälligkeit der Menschen in der Verwaltung gegenüber Social Engineering treffen. Die prinzipielle Home-Office-Fähigkeit muss mit bedacht werden.

Individuelle Lebenswege I – Grundsätze einer liberalen Wirtschaftspolitik

Während Leipzig gemessen an der Einwohnerzahl Stuttgart überholt hat und auf Platz 7 der größten dt. Städte rangiert, liegt man beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner nicht mal bei der Hälfte der Stuttgarter Wertschöpfung und ist deutschlandweit abgeschlagen im Mittelfeld der Großstädte – hinter zum Beispiel Dortmund, Dresden und Essen.

Das Branding „Arm aber sexy“ nach Berliner Vorbild darf kein Zielbild sein. Mit liberaler Wirtschaftspolitik muss dringend ein Upgrade der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgen.

Selbstbestimmtes Arbeiten

Arbeit und Beruf sind nicht nur notwendig zur Finanzierung des je eigenen Lebens und gemeinschaftlicher Aufgaben, sondern vor allem zentrales Moment eines freien und selbstbestimmten Lebens. Leipzig muss national wie international für all jene der Anlaufpunkt sein, die durch eigene Leistung vorankommen möchten. Egal ob Kleingewerbetreibender, Mittelständler, Jungunternehmerin, Facharbeiter, Investor, Auszubildender oder Studierender: Wer in Leipzig einen Beitrag durch eigene Leistung beisteuert, muss auf eine Willkommenskultur in Stadtgesellschaft und Verwaltung stoßen.

Förderung von Start-Ups

Die Förderung von Start-Ups muss ein wichtiger Anker einer liberalen Wirtschaftspolitik sein. Dabei hat die Stadt Leipzig ein gutes Gründungsklima zu schaffen, z.B. durch die Bereitstellung von Gewerbeflächen und die Förderung von Netzwerken.

Wo dies möglich ist, müssen Bürokratie und Gründungskosten für junge Unternehmen auf ein Minimum reduziert werden.

Es muss klar sein: Leipzig steht dabei nicht im Wettbewerb zu Dresden oder Berlin, sondern muss sich im europäischen Vergleich gegen Hochburgen wie Breslau („Das polnische Silicon Valley“ oder Sofia, Bulgarien behaupten. Deswegen gilt es, mittel-deutsche Gründungszentren möglichst zu verbinden und Synergien zu heben.

Leipzig sollte daneben jeweils eine Partnerschaft zu diesen beiden osteuropäischen Gründer-Hochburgen anstreben.

Die Stadt Leipzig muss alle vorhandenen Kanäle nutzen, um internationale Investoren, Venture Capital Geber sowie Beteiligungsgesellschaften auf den Standort Leipzig aufmerksam zu machen und diese mit den UnternehmerInnen zu verbinden.

Handwerk stärken

Das Handwerk ist eine Schlüsselbranche, um insbesondere die nachhaltige Transformation zu bewältigen. Mit der liberalen Wirtschaftspolitik sollen deren Interessen daher hervorgehoben vertreten und geschützt werden. Wir handeln aus der Überzeugung heraus, dass nichtakademische und akademische Lebenswege gleichwertig sind.

Die Stadt sollte Plattformen schaffen, um die Anzahl der Kontaktpunkte beider Lebenswege zu erhöhen: An den städtischen Gymnasien sowie den Universitäten sollte das Handwerk deutlich präsentierter sein, um als Knowhow-Träger die Bildungsqualität dort zu erhöhen und gleichzeitig Werbung für sich zu machen, um Nachwuchskräfte für sich zu begeistern. Berufsorientierte Praxis muss an allen Bildungseinrichtungen gelebt werden.

Sofortmaßnahmen: Krise der Baubranche

Die derzeit aufkeimende Krise der Bauwirtschaft bedroht die wirtschaftliche Existenz vieler daran gebundener Unternehmen. Die Stabilität jener Branche ist aber essenziell, um die Wohnungsknappheit zu bekämpfen und die energetische Sanierung des Gebäudebestandes voranzutreiben.

Die Stadt Leipzig sollte daher versuchen, das entsprechende Auftragsvolumen zu schaffen, um dem Einbruch etwas entgegenzusetzen. Dazu gehört:

1. Turbo in der Bauleitplanung und der Bearbeitung von Baugenehmigungsverfahren
2. Enger Austausch zur lokalen Immobilien- und Baubranche, IHK und Interessenverbänden, Monitoring notleidender Betriebe

Verbesserung des Wirtschaftsverkehrs

Ein wichtiger Aspekt der liberalen Wirtschaftspolitik ist die Verbesserung des Wirtschaftsverkehrs. Die Stadt sollte sich bemühen, den Transport von Gütern und Dienstleistungen zu erleichtern, indem sie die Infrastruktur bereitstellt und z.B. Handwerker und deren Interessenverbände eng in die kommunale Verkehrsplanung einbindet.

Als Anspruchsberechtigte des Wirtschaftsverkehrs müssen auch die zahlreichen Arbeitskräfte aus dem Leipziger Umland gelten, welche täglich nach Leipzig pendeln und durch den Einsatz ihrer Kompetenzen der Motor für die wirtschaftliche Produktivität der Stadt sind.

Die nachhaltige Transformation des Verkehrs darf nicht mit der Brechstange erfolgen: Berechtigte Interessen aller Beteiligten im Wirtschaftsverkehr sind zu achten und in Kompromisse mit den Vertretern von Umweltverbänden o.ä. einzupflegen.

Ansiedlungspolitik

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig muss vehement aktiv sein, um potenzielle Unternehmen für die Ansiedlung in Leipzig zu gewinnen. Innerhalb der Stadtverwaltung müssen alle Ämter gemeinsam für dieses Ziel verhaftet werden und so z.B. Baugenehmigungsverfahren zügig vorantreiben.

Die Wirtschaftsförderung soll sich bei der Vermarktung des Standortes Leipzig auf Zukunftsbranchen, insbesondere die MINT-Branchen, konzentrieren. Es muss dafür geworben werden, dass die Wertschöpfungstiefe am Standort Leipzig besonders hoch mit erfolgter Ansiedlung ist und man nicht nur als „verlängerte Werkbank“ gilt.

Wichtig ist hierbei die Kooperation mit den lokalen Bildungseinrichtungen wie Universität oder HTWK. Diese sollten animiert werden, auch intern die Kapazitäten und das Budget auf jene Studiengänge zu lenken.

Um der Globalisierung und Internationalisierung gerecht zu werden, sollte der Internetauftritt der Stadt mindestens in englischer Sprache vollständig abrufbar sein.

Stadtverwaltung als Arbeitgeber

Die Stadt Leipzig kann nur ein starker Wirtschaftsstandort sein, wenn die Verwaltung funktional ist. Daher gilt es, bestmöglich Effizienzen zu heben und verwaltungsferne Aufgaben outzusourcen. Einen weiteren Stellenaufbau und das Aufblähen des Verwaltungsapparates lehnen wir ab.

Dem Fachkräftemangel muss durch Arbeitgeberattraktivität entgegengewirkt werden. Hier darf Vergütung nur ein Aspekt sein. Die Stadtverwaltung sollte durch Unternehmenskultur, agile Arbeitsmethodik und Talentförderung am Arbeitsmarkt bestehen.

Um die Nähe zur Wirtschaft auch im Mindset der Mitarbeitenden zu verfestigen, sollten verstärkt Fachkräfte aus der freien Wirtschaft für die Stadtverwaltung gewonnen werden. Fehlende Verwaltungserfahrung soll durch gesonderte Förderprogramme kompensiert werden dürfen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Verfügbarkeit von Plätzen in Einrichtungen der Kinderbetreuung ist notwendig, um Fachkräften in der Stadt Leipzig eine hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Damit erhöht sich auch die wirtschaftliche Schlagkräftigkeit der Stadt.

Leipzig benötigt weiterhin einen umfangreichen Angebotsmix aus städtischer, freier und privater Trägerschaft. So wird Vielfalt sichergestellt und der wachsenden Nachfrage nach flexibler Betreuung entgegengekommen. Es gilt daneben die Gründung von Betriebskindergärten und privatwirtschaftlichen Kinderbetreuungseinrichtungen zu för-

dern. Für Unternehmen sind sie heute ein entscheidender Wettbewerbsvorteil bei der Akquisition qualifizierter Fachkräfte

Handel und Gastronomie

Handel und Gastronomie sind stadtbildprägend und haben einen sehr großen Anteil daran, dass Leipzig eine der lebenswertesten Städte in Deutschland ist. Daher gilt es, auch deren Interessen besonders zu schützen.

Der Stadtrat soll die Regelungen zur Sonntagsöffnung vollständig ausschöpfen. Darüber hinaus soll sich die Stadt Leipzig beim Freistaat Sachsen dafür einsetzen, in Sachsen die laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts maximal zulässige Sonntagsöffnung zu ermöglichen und generell für eine Liberalisierung der Ladenöffnung werben.

Generell gilt, dass die Bürokratie und Regulierung für Gastronomie- und Einzelhandelsbetrieben möglichst gering gehalten werden soll. Das bedeutet zum Beispiel die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren oder die Lockerung von Vorschriften, um den Betrieb von Außengastronomie zu erleichtern.

Individuelle Lebenswege II – Wenn Freiheit Unterstützung braucht

Ziel einer liberalen Sozialpolitik ist es, Menschen zu Piloten ihres eigenen Lebens zu machen. Liberale Sozialpolitik reißt Barrieren nieder und eröffnet Chancen. Die Chancen ergreifen muss jede Einzelne und jeder Einzelne jedoch selbst. Sie schützt Menschen vor und hilft ihnen aus der Armut. In Fällen, in denen dies nicht gelingt, unterstützt sie Menschen, die ihr eigenes Leben nicht aus eigener Kraft bestreiten können. Sozialpolitik ist daher keine Umverteilung, sondern orientiert sich an drohenden oder realisierten Freiheitsverlusten und versucht, die Möglichkeiten zur Verantwortungsübernahme wiederherzustellen.

Zweite Chancen statt Alimentierung

Zentrale Aufgabe der Sozialpolitik ist es, Barrieren zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit zu beseitigen. Für uns Freie Demokraten heißt soziale Gerechtigkeit nicht Nivellierung, sondern Aufstiegschancen auch für die weniger Privilegierten unserer Gesellschaft. Deshalb treten Freie Demokraten für zweite Chancen im Sinne eines aktivierenden und aufstiegsorientierten Sozialstaats ein. Hilfe und Aktivierung für Menschen, die in Not geraten sind, muss Vorrang haben vor den Vorstellungen gemeinter Verteilungsgerechtigkeit zwischen Menschen, die zur Führung ihres eigenen Lebens ohne fremde Hilfe durchaus selbst in der Lage sind.

Soziale Absicherung ermöglicht Freiheit

Prinzipiell ist unsere Erwartung an mündige Bürgerinnen und Bürger, dass sie für ihre Bedürfnisse selbst aufkommen und sich gegen Lebensrisiken nach ihren eigenen Möglichkeiten und gemäß ihrer je eigenen Risikobereitschaft absichern. Wir müssen das Prinzip der privaten Vorsorge stärken, um den Sozialstaat nicht zu überfordern. Wir sehen aber auch, dass nicht alle Lebensrisiken von jedem und jeder Einzelnen selbst abgesichert werden können. Hier müssen sich alle auf zuverlässige Hilfsstrukturen verlassen können.

Die sozialpolitische Absicherung von Lebensrisiken ist Fundament für ein Leben in Freiheit und ermöglicht es, auf dem Arbeitsmarkt Risiken einzugehen. Dafür muss garantiert sein, dass Misserfolge und Scheitern nicht in menschenunwürdige Situationen führen. Wir erwarten aber auch von allen, die in Not geraten sind, dass sie sich selbst um einen Weg aus Armut und Abhängigkeit bemühen. Ohne eigenes Engagement und Wollen kann auch die Unterstützung der Gemeinschaft nicht zum Ziel führen.

Soziale Rechte statt Almosen

Der liberale Sozialstaat verteilt keine Almosen, sondern garantiert staatsbürgerliche Rechte freier Individuen. Wer in Not geraten ist, verdient es, als frei handelndes Mitglied der staatlichen Gemeinschaft anerkannt und behandelt zu werden. Als Liberale wenden wir uns daher gegen Stigmatisierungen und Ressentiments, denen Menschen in Not ausgesetzt sind. Ein würdevoller Umgang mit diesen Menschen muss jederzeit garantiert werden, gerade von staatlicher Seite.

Der Anerkennung aller Menschen als freier Individuen widersprechen oft auch die bevormundenden Untertöne unseres Wohlfahrtsstaates. Auch aus Achtung vor Würde und Freiheit der in Not Geratenen ziehen wir Subjekthilfe der Objekthilfe vor. Bevormundung tritt auch dort auf, wo Sach- statt Geldleistungen die Wahlfreiheit der Betroffenen bewusst einschränken. Hilfe zur Selbsthilfe und selbstorganisierte Unterstützung sind priorisiert zu fördern, denn sie sind Ausdruck freier Entscheidungen.

Förderung dezentraler Initiativen

Zu den Herausforderungen an die Sozialpolitik gehört die Unterschiedlichkeit individueller Lebenssituationen von Menschen in prekärer Lage. Ein Sozialstaat, der für jeden Notfall gesonderte Vorkehrungen zu treffen versucht, muss sich überfordern. Daher befürworten und fördern wir Freie Demokraten dezentrale soziale Initiativen vor Ort und sehen in ihnen wichtige Elemente einer liberalen Sozialpolitik.

Priorisierung und Controlling

In Deutschland werden enorme Summen für soziale Zwecke bereitgestellt. Dennoch können wesentliche Ziele nicht erreicht werden. Dies zeigt, dass sozialpolitische Maßnahmen oft weder effizient noch effektiv sind, teils sogar kontraproduktiv wirken. Sozialpolitische Maßnahmen und Förderungen müssen daher stärker daran gemessen werden, inwieweit sie Probleme langfristig lösen.

Auf allen föderalen Ebenen gibt es Kostentreiber im Sozialbereich, die zu einer zunehmenden Belastung für die Politik werden. Zuschüsse zur staatlichen Rente sowie Erziehungshilfen auf kommunaler Ebene sind Beispiele für ausufernde Kosten, die unsere Handlungsfähigkeit zunehmend einschränken. Eine zukunftsgerichtete Politik muss sich daran messen lassen, inwieweit es ihr gelingt, Lösungen für diese Herausforderungen zu finden, die den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden, Probleme langfristig lösen und damit auch Handlungsspielraum zurückgewinnen.

Viele Sozialleistungen erfüllen nicht die Hoffnungen, die wir in sie setzen. Um eingesetzte Steuergelder effektiv und effizient für die Überwindung von Armut und Unterstützung von Hilfsbedürftigen einsetzen zu können, brauchen wir engmaschiges Controlling, regelmäßige Bedarfsanalyse und transparente Erfolgskontrolle aller durch Ämter, freie Träger und Selbstorganisationen mit öffentlichen Geldern erbrachter Leistungen. Es dürfen keine Erbhöfe durch Fördermittel an freie Träger entstehen.

Prävention

Die Verhinderung von Bedürftigkeit ist immer besser, als hinterher Bedürftigkeit überwinden zu müssen. Deshalb kommt der Suchtprävention, der Verhinderung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und der Gesundheitsvorsorge besondere Bedeutung in der kommunalen Sozialpolitik zu. Wir wollen die Prävention stärken und sehen darin einen wichtigen Hebel zur Lösung sozialer Probleme. Dabei fordern wir insbesondere, die Förderung der psychischen Gesundheit stärker als bisher als wichtige Säule der Gesundheits- und Präventionspolitik zu verankern.

Bildung und Schule

In der Schule werden die Weichen für den zukünftigen Erfolg gelegt. Das gilt insbesondere für all diejenigen Schülerinnen und Schüler, die aus weniger gut situierten Elternhäusern kommen. Daher muss den Schulen und auch der vorschulischen Bildung mehr Beachtung geschenkt werden, gerade in Gegenden mit sozialen Brennpunkten. Die beste Sozialpolitik ist eine Politik, die Menschen rechtzeitig zur eigenen Lebensführung das nötige Rüstzeug mitgibt.

Bildung ist der Schlüssel zu sozialer Mobilität. Das Aufstiegsversprechen liberaler Gesellschaften kann nur dort eingelöst werden, wo nicht Abstammung und Wohnort von Kindern und Jugendlichen über ihren Bildungserfolg bestimmen. Daher fordern wir eine Bildungsoffensive gerade für die schulischen Einrichtungen in weniger privilegierten Stadtteilen.

Frühzeitige Integration

Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten und bei uns eine temporäre oder dauerhafte Heimat gefunden haben, kämpfen mit besonderen Herausforderungen. Sie benötigen Angebote zur Integration, um die deutsche Sprache zu lernen und sich in unserer Gesellschaft und auf unserem Arbeitsmarkt zurechtzufinden. Wir sehen bereits, dass viele dieser Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und Verantwortung tragen für sich und andere. Wir wollen sie frühzeitig und konsequent dabei unterstützen und ermutigen, ein selbstständiges Leben aufzubauen.

Individuelle Lebensräume I – Für eine liberale Gestaltung von städtischem Raum und einem Platz für Alle.

Eine Stadt ist nicht nur Wirtschaftsraum und Verkehrsknotenpunkt, sie ist vor allem auch Lebensraum ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Moderne Großstädte bieten eine Vielzahl unterschiedlichster Räume, in denen Menschen individuelle Lebensräume gestaltet haben, in ihren Wohnungen und Häusern, in Gärten und im Kiez, in Parks, Wäldern, Gastronomie, Clubs und Kultureinrichtungen, in Sportvereinen, Nachbarschaften, im Café in der Nachbarschaft.

Gerade wachsende Städte konfrontieren uns mit Herausforderungen: Wohnungen werden knapp und teuer. Verbliebene Freiräume werden von immer mehr Menschen beansprucht. Liebgewonnene Orte verändern sich. Zugleich entsteht Neues, wollen immer mehr Menschen ihre Räume gestalten.

Mit einer liberalen Gestaltung unserer Stadt Leipzig möchten wir städtischen Raum für die verschiedenen Gruppen und Anspruchsberechtigten attraktiv machen, Kompromisse finden und einen Platz für Jedermann bieten.

Grundprinzipien

Wo Menschen auf engem Raum leben, treten immer Konflikte auf. Und so ist kommunale Wohnungspolitik und Stadtentwicklung von Zielkonflikten geprägt, die es zunächst anzuerkennen gilt. Interessen von Vermietern und Mietern stehen oft in Konflikt zueinander, die Schaffung von Wohnraum gerät in Konflikt zu Klima- und Umweltpolitik, Gastronomie, Kultur und Clubszene widerstreiten den Interessen von Anwohnern, die sich Ruhe wünschen. Liberale Politik hat die Aufgabe, diese Konflikte so aufzulösen, dass möglichst viel individuelle Freiheit für möglichst viele Menschen ermöglicht wird.

Liberale Stadtplanung betont die Wichtigkeit des Schutzes von Eigentumsrechten, denn Eigentum ist ein direkter Ausdruck von Freiheit. Dies bedeutet, dass Eigentümer das Recht haben sollten, über die Nutzung und Entwicklung ihres Grundstücks, ihres Hauses oder ihrer Wohnung weitgehend frei zu entscheiden.

Städtischer Raum muss bezahlbar sein. Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserer Stadt Wohnraum leisten können, dass Unternehmer bezahlbare Gewerbeflächen finden und dass auch für Kunst und Kultur sowie das Vereinswesen Räume vorhanden sind. Bezahlbar ist dabei nicht mit billig zu verwechseln: Menschen wollen in qualitativ hochwertiger Umgebung leben und sind oft auch zu eigenen Anstrengungen bereit, um sich dies zu verwirklichen.

Ebenso wie die Freiheit von Eigentümern und Mietern ist die Freiheit zukünftiger Generationen zu schützen, denn Wohnungsbau hat direkten Einfluss auf Klima, Umwelt und Artenvielfalt.

Umweltfreundliches Bauen ist ein wichtiger Grundsatz, um die Stadt Leipzig auch nachfolgenden Generationen als lebenswerten Raum zu erhalten und zugänglich zu machen. Dabei wollen wir den Schutz von Klima und Umwelt so ausgestalten, dass die individuelle Gestaltungsfreiheit von Eigentümern und Bewohnern so weit wie möglich erhalten bleibt.

Schließlich stehen der individuellen Freiheit von Eigentümern ein Interesse der Allgemeinheit an architektonischer und gestalterischer Qualität und Einbettung in das Stadt- und Landschaftsbild gegenüber. Wir Freie Demokraten betonen hier die Gestaltungsfreiheit des Einzelnen und stehen Veränderungen im Stadtbild prinzipiell offen gegenüber.

Bezahlbarer Wohnraum

Die Leipziger Freidemokraten sprechen sich für einen breiten Angebotsmix am Mietwohnungsmarkt aus. Die Vielfalt an öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Vermietern ist ein wertvolles Gut.

Der Zuzug nach Leipzig sorgt für eine anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnraum. Migrationsbewegungen verstärken diesen Effekt. Die restriktive, ideologisch getriebene Baupolitik der vergangenen Jahre, das Ende der Niedrigzinsphase sowie die Inflation in den Bau- und Energiekosten sorgen dafür, dass nicht annähernd ausreichend Angebote im Leipziger Wohnungsmarkt vorhanden sind oder perspektivisch hinzukommen. Eine Fortführung der bisherigen Baupolitik wird in Leipzig in den nächsten Jahren zu einer akuten Mietpreissteigerung führen und auch Familien der Mittelschicht aus der Stadt verdrängen. Das gilt es zu verhindern.

Die FDP Leipzig vertritt den Grundsatz, dass ausschließlich die Angebotserweiterung ein sinnvolles Mittel zur Mietpreissteuerung ist. Wir treten daher dafür ein, alle Rahmenbedingungen und Prozesse mit Blick auf die Anhebung von Wohnbauaktivitäten zu verbessern und fokussieren.

Eigentumsfundierte Wohnungsmärkte haben sich bei allen Herausforderungen als überlegen erwiesen. Viele der Probleme, die aktuell sichtbar werden, sind bei genauerem Hinschauen nicht einem Mangel an Regulierung und staatlichen Eingriffen geschuldet, sondern einer Überregulierung.

Der Wohnungsmarkt ist – aus nachvollziehbaren Gründen – bereits ein sehr stark regulierter Markt. Nicht immer erfüllen die Instrumente die in sie gesetzten Erwartungen, denn viele Instrumente wie Preisbremsen oder -deckel, Vorkaufsrechte oder soziale Erhaltungssatzungen verknappen das Angebot oder verhindern notwendige und nachgefragte Modernisierungen und Qualitätssteigerungen. Oft bewirken die Maßnahmen

auch gegenteiliges: Anstatt des angestrebten Milieuschutzes, befördern soziale Erhaltungssatzungen die Entmischung eines Quartiers.

Die Stadtverwaltung als Wegbereiter statt als Verhinderer

Oft scheitert die Schaffung neuen Wohnraums an Bürokratie und einer trägen Stadtverwaltung. Gipfelpunkt dieser Entwicklung ist, dass die Stadt Leipzig über die Schaffung von Koordinatoren-Stellen sinniert, um dem Bürokratiewahnsinn Herr zu werden.

Die Baurechtschaffung muss signifikant schneller gehen. So darf die Erteilung einer Baugenehmigung maximal 3 Monate dauern. Wo möglich und sinnvoll, sollte Baurecht in Orientierung an der Umgebungsbebauung erteilt werden. Umfangreiche, langwierige Bebauungsplanverfahren für z.B. innerstädtische „Kriegslücken“ in Wohnvierteln, gilt es zu vermeiden. Wo notwendig und sinnvoll, darf ein Bebauungsplanverfahren allenfalls maximal 3 Jahre dauern und vor jedem Aufstellungsbeschluss muss die Stadtverwaltung prüfen und gewährleisten, ob bestehende Ressourcen aus zum Beispiel Personal ausreichend sind, um die benannte Frist einzuhalten. Unterschiedliche Bebauungsplanverfahren müssen gleichberechtigt vorangetrieben werden, da es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt und die Eigentümerinteressen zu schützen sind. Abweichungen von diesem Gleichbehandlungsgrundsatz müssen dokumentiert und kommuniziert werden.

Die FDP fordert ein regelmäßiges und transparentes Berichtswesen über den Fortschritt aller laufenden Bebauungsplanverfahren.

Um Baukosten zu senken, Prozesse zu verschlanken und Personalkapazitäten zu schonen, schlagen wir folgendes vor:

1. Sofortige Abschaffung aller sechs bestehenden sogenannten sozialen Erhaltungsgebiete in Leipzig.
2. Mitspracherechte der Stadtverwaltung und des Stadtrates nur in wesentlichen Aspekten nutzen.
3. Städtebauliche Verträge auf notwendige Regelungsaspekte beschränken, und den Eigentümern so viel Freiheit wie möglich zugestehen. Das heißt zum Beispiel die Immobilienunternehmerinnen weiterhin für die gesamtgesellschaftliche Verantwortung zur Schaffung von Wohnfolgeeinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten verpflichten, darüberhinausgehende Anforderungen aber auf ein Minimum beschränken.

Forderungen nach einem Stellenaufbau im Verwaltungsrat lehnen wir ab, da bereits die vorhandenen Stellen in Zeiten des Fachkräftemangels kaum besetzt werden können.

nen. Die FDP Leipzig setzt sich dafür ein, dass z.B. Stellen für Bauingenieure vermehrt mit übertariflicher Vergütung dotiert werden, um entsprechende Experten am Markt zu gewinnen. Neben Aspekten der Vergütung muss die Stadtverwaltung auch attraktive Arbeitsbedingungen schaffen: So funktioniert Homeoffice für Bauingenieure nur, wenn das umfangreiche Aktenmaterial digitalisiert zugänglich ist (elektronische Akte).

Da auch dann abzusehen ist, dass Stellen weiter unbesetzt bleiben, gilt es den Bürokratieabbau konsequent voranzutreiben.

Bestehende Potentiale besser nutzen.

Wo möglich, muss die Stadt Leipzig die Potentiale zur Ausweitung des Angebotes an Wohnraum voll ausnutzen.

Die Stadt Leipzig soll sich auf allen sich ihre bietenden Plattformen dafür einsetzen, die sogenannte „Mietpreisbremse“ nach Sächsische Mietpreisbegrenzungsverordnung für das Stadtgebiet aufzuheben bzw. nicht zu verlängern. Nur so werden Investitionsanreize gesetzt, um renovierungsbedürftige Immobilien zu modernisieren und dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Mit Blick auf den CO₂-Fußabdruck von Zement und anderen Baumaterialien ist dies auch klimaeffizienter als der Neubau, welcher dennoch zwingend notwendig ist.

Die Stadtverwaltung soll den Dachgeschossausbau bestmöglich fördern, indem sie die Genehmigungen dazu erteilt. Beim Nachweis von notwendigen Rettungswegen sollen Leitlinien bestmöglich zu Gunsten der Bauherren ausgelegt und perspektivisch unter Einbindung von Experten am Vorbild anderer Städte wie Kiel oder München überarbeitet werden.

Kleinere Sanierungsarbeiten am Wohneigentum sollten unbürokratischer ermöglicht werden: Die Sondernutzungssatzung der Stadt ist entsprechend so anzupassen, dass Eigentümer für einen begrenzten Zeitraum einen Schuttcontainer vor der Immobilie im öffentlichen Raum (i.d.R. Straße) aufstellen können, ohne dafür eine Genehmigung der Stadtverwaltung zu benötigen. Voraussetzung ist, dass kein Eingriff in den Straßenverkehr erfolgt. (z.B. den PKW-Parkraum nutzen)

Das Amt für Bauordnung und Denkmalpflege soll die Abteilung für Denkmalpflege (untere Denkmalschutzbehörde) auffordern, alle Ermessensspielräume im Rahmen des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes auszunutzen, um die energetische Verbesserung (z.B. durch Solaraufbauten) zu ermöglichen und die Sanierung für Wohnraumschaffung durch einen überschaubaren Umfang an Auflagen möglichst kosteneffizient für Eigentümer zu gestalten. Strenge Auflagen und Restriktionen sollten lediglich für historisch-bedeutende Bauwerke gelten. Die Stadt Leipzig soll sich auf allen sich ihre bietenden Plattformen für die Liberalisierung des Sächsischen Denkmalschutzes einsetzen, z.B. durch geringere Anforderungen an Materialgerechtigkeit.

Die Stadt Leipzig soll den Weg für den Bau von Hochhäusern weiterhin bereiten. Diese sind mit Blick auf die Baukosten und Umweltbilanz (Flächenversiegelung) effizienter. Einer Neugestaltung der Leipziger „Skyline“ stehen wir offen gegenüber und verstehen dies als Meilenstein für die Weiterentwicklung der Stadt hin zu einer der attraktivsten Metropolen der Bundesrepublik.

Wo möglich, soll die Stadt Leipzig die Erschließung von neuen Einfamilienhausgebieten, insbesondere am Stadtrand, fördern. Durch den Umzug ins eigene Haus wird häufig eine der seltenen 3- bis 5-Raum-Wohnungen im urbanen Stadtgebiet frei. Neben dem pragmatischen Aspekt schützen die Leipziger Freidemokraten den Traum vom Eigenheim. Die FDP wirbt dafür, neue Eigenheimgebiete möglichst naturverträglich zu entwickeln. Eine Verhinderungspolitik sorgt lediglich dafür, dass die Baugebiete in Randgemeinden verlagert werden und dadurch Verkehrswege verlängert werden. Aus der Abwanderung junger Familien resultieren dann auch finanzielle Nachteile für die Stadt aus verminderter Einkommenssteuerzuteilung.

Die FDP Leipzig fordert die Stadt Leipzig auf, in Orientierung an vergangenen Projekten zur Eigenheim-Anschaffung (z.B. Eigenheim-Grundstücke in der Rehbacher Str. oder die Vergabe von städtischen Eigenheim-Grundstücken im Erbbaurecht) weitere, neue Projekte aufzusetzen und diese dem Markt zuzuführen. Vergabekriterien dürfen nicht so aufgestellt sein, dass Familien der Mittelschicht davon ausgeschlossen sind.

Rolle der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft.

Die FDP Leipzig befürwortet die Beteiligung der Kommune an der LWB als größten öffentlichen, kommunalnahen Vermieter.

Wir setzen uns dafür ein, dass die LWB nach marktwirtschaftlichen Prinzipien agiert und nach diesen auch Investitions- oder Deinvestitionsentscheidungen über den eigenen Immobilienbestand trifft.

Dabei ist es ein gerechtfertigtes Mittel, auch im öffentlichen Wohnungsbestand Mietsteigerungen entsprechend der Marktentwicklung durchzuführen. Wir sehen dies als notwendig an, um die wirtschaftliche Situation nachhaltig solide zu gestalten und große Investitionen, wie die energetische Sanierung des Gebäudebestandes oder den Neubau von Immobilien, zu sichern.

Die Leipziger FDP regt an, dass die LWB künftig für alle Neumietverträge im Eigenbestand bei 4-Raum-Wohnungen oder größer ein verpflichtendes Tauschmodell nach dem Züricher Genossenschaftsmodell implementiert. Dabei verpflichten sich Mieter, wenn sich der Haushalt verkleinert, z.B. durch Auszug der Kinder, eine kleinere Wohnung aus dem Portfolio des Anbieters in unmittelbarer Umgebung bei vergleichbarer Qualität unter Beibehaltung des Kaltmietpreises/ Quadratmeter zu beziehen, und damit die Wohnung für andere Familien dem Markt zuzuführen. Wir sehen dies als generationsgerechte und ressourcenschonende Strategie an, um das Marktangebot an entsprechend großen Wohnungen für Familien zu erhöhen.

Die LWB wird aufgefordert, für alle im Bestand befindlichen unbebauten Grundstücke zeitnah eine Strategie zur Wohnraumschaffung zu entwickeln und dem Stadtrat vorzustellen. Dies gilt explizit auch für potenzielle Eigenheimgebiete, wie z.B. der Cervantesweg (B-Plan 311) in Meusdorf. Die Stadtverwaltung hat dann wiederum schnellstmöglich die Baurechtschaffung zu fördern.

Abschließend regt die FDP Leipzig an, dass Stadtverwaltung und LWB gemeinsam prüfen, ein Crowdfunding-Vehikel zur Eigentums(-wohnung)anschaffung für Leipzigerinnen ins Leben zu rufen: So z.B. eine Genossenschaft, welche auf den Erwerb von Mehrfamilienhäusern spezialisiert ist, welche diese nach WEG aufteilt und die Wohnungen ohne Vereinnahmung einen hohen Projektentwickler-Marge kostendeckend an Mitglieder der Genossenschaft verkauft. Mit Erwerb scheiden diese aus der Genossenschaft aus und treten ihre Anteile an andere Eigentumswohnungssuchende ab.

Rolle der privaten Vermieter.

Die FDP Leipzig sieht neben den kommunalnahen Anbietern sowie Genossenschaften auch die privaten Kleinvermieter als wichtigen Bestandteil der regionalen Anbietermixes an. Wir fordern, dass auch dieses Unternehmertum Anerkennung in der Stadtgesellschaft erhält. Im Unterschied zu großen Wohnungsunternehmen, stehen kleine Vermieter vor die Herausforderung, regulatorischen und bürokratischen Anforderungen, ohne entsprechendes Verwaltungspersonal begegnen zu müssen. Oft sind dies aber jene Vermieter, welche mit Blick auf die enge Beziehung zum Mieter für gesetzliche Spielräume für Mieterhöhungen selten nutzen. Das Ziel unserer Politik ist es, dass sich ein größerer Teil Leipzigs im Sinne einer Bürgerstadt auch tatsächlich im Privateigentum der Bürgerinnen und Bürger und damit der Nutzer befindet.

Genossenschaften, ein urliberales Konzept

Die FDP Leipzig spricht sich für einen weiteren Ausbau des Anteils an Genossenschaftswohnungen aus. Genossenschaften sind ein urliberales Konzept zur Bildung privaten Eigentums, das es Menschen ermöglicht, eine Form von Wohneigentum zu erwerben, die ansonsten davon ausgeschlossen wären.

Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe landeseigener Grundstücke dieselben Vorrechte genießen wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften.

Individuelle Lebensräume II – Mobilität ist Freiheit und Selbstbestimmung

Mobilität ermöglicht persönliche und berufliche Entfaltung sowie die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Selbstbestimmung beinhaltet dabei auch die freie Wahl der Verkehrsmittel. Mobilität ist Voraussetzung für Urbanität. Eine Stadt lebt davon, dass Menschen aus verschiedenen Teilen derselben sich begegnen können. Und Mobilität bildet eine entscheidende Grundlage für Lebensqualität und Wohlstand.

Zur Freiheit gehört immer auch Verantwortung. Mobilität muss mit der Sicherheit der Anderen Hand in Hand gehen und die Freiheit zukünftiger Generationen respektieren. Wir bauen dabei auf Verantwortung und gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer sowie transparente Regeln, die keine Verkehrsmittel benachteiligen, sondern ein konfliktfreies Nebeneinander ermöglichen.

Professionelle und innovative Verkehrsplanung

Unsere Zielsetzung ist es, dass sämtliche Verkehrsträger sicher, flexibel, komfortabel und zeitsparend sind. Sie sollen integraler Bestandteil einer gut finanzierten, modernen, effizienten und zuverlässigen Infrastruktur sein. Dabei sind die Berücksichtigung des gesamten Verkehrswegs und die Minimierung negativer Auswirkungen von Infrastruktur und Verkehr auf Mensch, Klima und Umwelt für uns von herausragender Bedeutung.

Dabei vermissen wir in der Leipziger Infrastruktur- und Verkehrsentwicklung vor allem Professionalität, etwa bei der Entwicklung des Straßenbahnnetzes sowie bei der Fahrradinfrastruktur. Eine zukunftsweisende Verkehrsplanung wird von Profis auf der Grundlage moderner Verfahren und Daten gemacht.

Daher fordern wir:

- Ein klares Bekenntnis zu **wettbewerbsfähigen Konditionen für Bauingenieure** und andere Fachleute, die für eine zukunftsweisende Verkehrsplanung unverzichtbar sind.
- Ein **professionelles Datenmanagement** und eine Stärkung von Open Data-Angeboten zur Verkehrssituation in Leipzig.
- Leipzig soll **Modellstadt für Mobilitätsdaten** werden und das Züricher Modell der freiwilligen Datenspende für Mobilitätsdaten auch für Leipzig einführen. In Zürich können Personen ihre Mobilitätsdaten über ihr Mobiltelefon automatisch erheben lassen und über eine Genossenschaft denjenigen zur Verfügung stellen, die auf der Grundlage dieser Daten nachhaltige individuelle Mobilität ermöglichen wollen.

Vielfalt der Verkehrsmittel

i) Motorisierter Individualverkehr

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist und bleibt eine tragende Säule individueller Mobilität und wird auch in Zukunft nicht wegzudenken sein. Die Entscheidung für das Auto kann vielfältige Gründe haben, stellt das Auto doch eine wetterfeste, bequeme Mobilitätsoption dar, die den Insassen überdies neben Komfort und Transportmöglichkeiten auch einen geschützten und privaten Raum zur Verfügung stellt. Sie ist als individuelle freie Entscheidung zu respektieren.

Die Zielstellung einer klimaneutralen Stadt ist ohne Verkehrswende nicht erreichbar. Diese erreichen wir jedoch nicht durch Verbote und Gängelung des MIV, sondern durch komfortable, zuverlässige und schnelle Alternativen zum Individualverkehr und den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe. Die FDP Leipzig setzt sich daher dafür ein, Alternativen anzubieten, die die Attraktivität verschiedener Verkehrsträger erhöhen. Statt eine einseitige Politik zu verfolgen, die einen Verkehrsträger gegenüber einem anderen bevorzugt und damit den Lebensstandard unserer Bürgerinnen und Bürger senkt, befürworten wir integrierte Konzepte in Leipzig. Denn eine Reduzierung des MIV ist immer dann möglich, wenn entsprechende alternative Angebote vorhanden sind.

Wir fordern:

- **Ausbau der Ladeinfrastruktur:** Klimafreundlichkeit erreichen wir nicht durch Beseitigung des MIV, sondern durch seine Transformation hin zu klimafreundlichen Antrieben. Im Mittelpunkt steht dabei die Elektromobilität. Um den Umstieg auf Elektromobilität zu fördern, braucht es einen weiteren Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur.
- **Fließender Verkehr:** Stau und stockender Verkehr führen nicht nur zu Zeitverlust, sondern schädigen auch das Klima und führen zu höherer lokaler Emissionsbelastung. Daher setzen wir uns für eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur ein. Flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 30 lehnen wir ab.
- **Smarte Parkplätze** können den Parkplatzsuchverkehr reduzieren.
- **Marktorientierte Parkraumbewirtschaftung:** Wir setzen uns für einen flächendeckenden Einsatz der Parkraumbewirtschaftung für öffentliche Parkplätze, auch in Wohnquartieren, ein. Dadurch soll ein Preis für die Nutzung des knappen öffentlichen Gutes „Raum“ erzeugt und der Nachfrageüberschuss nach Parkflächen abgebaut werden. Hierbei sind Ausnahmeregelungen für Kunden- und Kurzparkplätze, Mitarbeiter und den Wirtschaftsverkehr zu beachten. Eine Einführung der Parkraumbewirtschaftung sollte hierbei sukzessiv, zuerst in neu zu erschließenden Gebieten und bei der Sanierung von Vierteln, erfolgen. Dadurch soll die Planbarkeit der Standortentscheidung eines jeden Einzelnen gewährleistet werden. Prinzipiell sind die Möglichkeiten der Digitalisierung zur

Vermarktung, Bepreisung, und Durchsetzung der Parkraumbewirtschaftung zu nutzen.

- **Konzept für PKW mit E-Kennzeichen:** Wir fordern die kostenlose Nutzbarkeit von öffentlichen Parkplätzen für PKW mit E-Kennzeichen. Das Bewohnerparken soll für PKW mit E-Kennzeichen ebenfalls kostenlos ermöglicht werden, idealerweise unbürokratisch ohne Parkausweis; im Gegenzug sollen die Gebühren für die Parkausweise auf mindestens 50 Euro erhöht werden. In stark frequentierten Bereichen kann zudem für PKW mit E-Kennzeichen die Höchstparkdauer beschränkt werden. Dies ist durch die Auslage einer Parkscheibe nachzuweisen. Auf Parkflächen mit Höchstparkdauer für PKW mit E-Kennzeichen ist durch passende Verkehrszeichen gesondert hinzuweisen. Bis Ende 2025 sollen mindestens fünf Prozent der öffentlichen Stellplätze im Stadtbezirk Leipzig-Mitte mit Lademöglichkeiten für Elektroautos (mindestens 11 kW) ausgestattet werden.

ii) **Multimodalität**

Individuelle Mobilität erfordert oft die Kombination unterschiedlichster Verkehrsmittel. Wir fahren mit dem Fahrrad zum Bahnhof, von wo uns die S-Bahn an den Ort unserer Arbeit bringt, den wir schließlich mit dem E-Scooter erreichen. Wenn wir individuelle Mobilität ohne Auto ermöglichen wollen, müssen solche Kombinationen komfortabel, schnell und zuverlässig sein.

Wir wollen **Car Sharing** durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen deutlich ausweiten. Dafür braucht es eine Erweiterung des Angebots an Car-Sharing-Parkplätzen und Ladestationen. In Bereichen, in denen Anwohnerparken erlaubt ist, sollen Sharing-Fahrzeuge kostenlos abgestellt werden können.

- Eine Verbesserung des Angebots an **Park and Ride**-Parkplätzen soll bei der Reduzierung des innerstädtischen MIV helfen.
- Durch eine entsprechende Wege- und Belaggestaltung wollen wir die Attraktivität sogenannter **Mikro-E-Mobilität** steigern und dadurch dazu beitragen, dass das Auto auf kurzen Strecken entbehrlicher wird.
- Wir wollen alle nicht personenbezogenen Daten im Mobilitätsbereich als **offene Daten** kostenfrei zur Verfügung stellen, um so neue innovative Angebote zu ermöglichen. Vor allem die LVB wollen wir dazu anhalten, Daten über Auslastung und Fahrten kostenlos in Echtzeit und maschinenlesbar anzubieten.

iii) **Fahrrad**

Der Fahrradverkehr ist gerade in Leipzig eine wichtige Komponente des Individualverkehrs, die immer größere Bedeutung gewinnt. Eine zentrale Herausforderung stellen die Sicherheit des Radverkehrs und die Verringerung der Konflikte gegenüber dem MIV und Fußverkehr dar.

- Die FDP Leipzig befürwortet den **Ausbau der Fahrradinfrastruktur unter räumlicher Trennung der Verkehrswege**. Fahrräder brauchen eigene Wege, die von Auto- und Fußwegen räumlich und nicht nur farblich getrennt sind. Dabei bevorzugen wir, das Radwegenetz nach Möglichkeit über Nebenstraßen statt über Hauptstraßen zu führen.
- Statt sich ausschließlich auf den Bau von Radwegen in der Innenstadt zu konzentrieren, setzen wir uns für den gezielten Ausbau von Radwegen und die **Schaffung von Schnellradwegen** ein, die die Außenbezirke der Stadt mit dem Zentrum verbinden. Unser Ziel ist es, die durchschnittliche Fahrzeit vom Stadtrand ins Zentrum auf 20-30 Minuten zu verkürzen.
- Beleuchtung von Wegen ist gerade in den Parks und Wäldern ein Problem, denn hier stehen Interessen der Radfahrer und Naturschutz in Konflikt. Wir setzen uns für smarte Lösungen ein, wodurch nur die aktuell befahrene Strecke beleuchtet wird.
- Stellen, die durch Straßenbahnschienen Gefahren für Fahrradfahrer bergen, müssen schleunigst entschärft werden. Wir fordern die Prüfung **fahrradsicherer Gleise**, bei denen Unfälle durch das Einfädeln der Räder in die Straßenbahnschienen durch innovative Lösungen vermieden werden.
- Wir benötigen einen weiteren Ausbau der **Abstellmöglichkeiten für Fahrräder** und mehr geschützte Abstellmöglichkeiten in Form von **Fahrradboxen** an Bahnhöfen sowie an Endhaltestellen der Straßenbahnen. Gerade für Pendler, die die Strecke zwischen Wohnung und Bahnhof mit dem Fahrrad zurücklegen, sind diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten essentiell.
- Die Stadt muss sich verstärkt für eine **Bekämpfung des Fahrraddiebstahls** einsetzen und verloren gegangenes Vertrauen wieder aufbauen.
- Die FDP Leipzig unterstützt auch die Idee eines **Schnellradwegs zwischen Halle und Leipzig**, der über eine Nebenstraße verläuft, wie von der Verwaltung vorgeschlagen. Unser Kreisverband möchte dieses Schnellradnetz auf Vororte im Leipziger Land erweitern und fördern.

iv) ÖPNV

Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) sehen sich fortlaufend mit Personalproblemen konfrontiert. Es gibt regelmäßig Engpässe bei Straßenbahnfahrern, um die steigende Nachfrage in Leipzig zu bewältigen. In manchen Fällen werden sogar Hobbyfahrer eingesetzt, um Lücken in der Abdeckung zu schließen. Die Erhöhung der Taktung und der Anzahl der verkehrenden Straßenbahnen verschärft zusätzlich das Problem des Personalmangels.

Wir fordern:

- Der FDP Kreisverband Leipzig setzt sich entschieden für **verstärkte Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)** ein. Unser Ziel ist ein höheres, besseres Angebot zu ermöglichen, die Anschaffung moderner Busse und Straßenbahnen sowie eine verbesserte Anbindung der Randlagen der

Stadt. Unser Leitspruch lautet: „Die Stadt Leipzig bringt Sie schnell, sicher und bequem an jeden Ort zu jeder Zeit.“ Dies impliziert eine kürzere Taktung des ÖPNVs und weniger Umstiege, insbesondere an stark frequentierten Haltestellen.

- Eine optimierte Taktung des ÖPNVs bedeutet die Anschaffung moderner, jedoch kleinerer Busse und Straßenbahnen, die auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten eingesetzt werden können. Dadurch wird unser Ziel einer verbesserten Taktung des ÖPNVs wirtschaftlich machbar. Zusätzlich setzt sich die FDP Leipzig für die Beseitigung von Langsamfahrstellen, um den ÖPNV schneller und attraktiver zu gestalten.
- Außerdem wird der **Ausbau des Straßenbahnnetzes** von uns als unerlässlich erachtet.
- Kurz- bis mittelfristig unterstützt die FDP Leipzig die aktuellen Pläne der Stadtverwaltung, qualifizierte Straßenbahnfahrer aus anderen Teilen der Welt, wie beispielsweise Vietnam, auszubilden und anzuwerben. Wir sind der Überzeugung, dass diese Politik ausgeweitet werden sollte, um möglichst viele qualifizierte Straßenbahnfahrer unabhängig von ihrer Herkunft zu gewinnen. Langfristig muss sich Leipzig jedoch auf die Einführung automatisierter Fahrsysteme konzentrieren, um den langfristigen Bedarf an Fahrern zu reduzieren und eine effizientere, zuverlässigere und flexiblere ÖPNV-Lösung zu schaffen.
- **Autonomer ÖPNV:** Vision und Handlungsziel: Die Einführung autonom fahrender, von künstlicher Intelligenz gesteuerter Straßenbahnen ist in der Zukunft unausweichlich. Die entscheidende Frage ist nicht, ob, sondern wann dies geschieht, und ob Leipzig dabei an der Spitze steht oder hinterherhinkt. Bisher hat die Stadtverwaltung zwar Pläne für autonomes Fahren, jedoch sind diese aus unserer Sicht nicht leidenschaftlich und nicht aggressiv genug. Die FDP Leipzig setzt sich das ehrgeizige Ziel, bis zum Jahr 2030 mindestens eine autonom fahrende Straßenbahnlinie in Leipzig zu etablieren, die eine Automatisierungsleistung von GoA3 bzw. GoA4 (GoA3+) aufweist. Dies kann sowohl auf dem vorhandenen Schienennetz als auch auf einer neuen, von der Stadt in Auftrag gegebenen Linie erfolgen.
- Die FDP Leipzig fordert die Stadt Leipzig dazu auf, die Möglichkeiten des Einsatzes von Seilbahnen im öffentlichen Nahverkehr durch eine Machbarkeitsstudie zu prüfen.

Mobilität und Städtebau

Eine **Stadt der kurzen Wege** reduziert Verkehrsaufkommen und erleichtert den Umstieg auf klimaschonende und emissionsarme Verkehrsmittel. Das ist beispielsweise durch Nachverdichtungen auch im Randbereich möglich. Gerade die Vertreibung von Einfamilienhäusern in das entferntere Umland provoziert Verkehr, der gar nicht nötig ist.

Autoarmen Quartieren stehen wir offen gegenüber, wenn sie die Lebensqualität in der Stadt spürbar verbessern und Platz für Kultur und Gastronomie schaffen. Ein intelligen-

tes Verkehrskonzept, ein gut ausgebauter ÖPNV, sichere Fahrradwege und Sharing-Angebote sind die Mittel, autoarme Quartiere mit dem Bedürfnis nach individueller Mobilität zu versöhnen. Bei der Förderung autoarmer Quartiere orientieren wir uns nicht an der Reduzierung des MIV, sondern an der hinzugewonnenen Aufenthaltsqualität.

Mobilität für Alle

Mobilität ermöglicht Selbstbestimmung. Nur wer mobil ist, um seine alltäglichen wie auch besonderen Erledigungen verrichten zu können, kann über sein Leben frei und selbstbestimmt verfügen. Deswegen ist uns wichtig, dass alle Menschen unabhängig von Alter und körperlicher Verfassung individuell mobil sein können.

Daher fordern wir:

- Alle Haltestellen müssen barrierearm sein, denn individuelle Mobilität ist Voraussetzung von Freiheit und Selbstständigkeit.
- Fußwege müssen sicher sein und sich sicher anfühlen. Dazu bedarf es einer höheren Anzahl an Fußgängerampeln zur Überquerung von Fahrbahnen, bspw. auf der Zschocherschen Straße. Hinweisen nach solchen Bedarfen muss schneller nachgegangen werden als in der Vergangenheit.
- Fußwege müssen beleuchtet sein. Dazu wollen wir wie bei Radwegen smarte Beleuchtungen einsetzen.
- Die Sicherheit von Fußgängern muss auch in Auswahl und Wartung von Belägen berücksichtigt werden. Wo nötig, soll Naturstein geglättet, auf Kopfsteinpflaster verzichtet und sollen Schlaglöcher schnell aufgefüllt werden.

Nachhaltigkeit – Für eine liberale Erhaltungsstrategie von städtischem Raum und Umwelt.

Eine Stadt ist Lebensraum: Für Menschen und Natur. Es ist eine Kernaufgabe liberaler Politik, diesen für alle Anspruchsberechtigten im gegenwärtigen Zustand und für zukünftige Generation zu erhalten.

Die Leipziger Freidemokraten setzen sich ein für eine Zukunft, in der Freiheit, Innovation und Verantwortung Hand in Hand gehen. Wir setzen auf die Kraft individueller Freiheit und unterstreichen zugleich unser tiefes Engagement für Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Der Weg zu einer nachhaltigen Stadtgesellschaft erfordert nicht nur mutige Ideen, sondern auch die Fähigkeit, Veränderungen anzunehmen, Verständnis für Kosten zu entwickeln und gleichzeitig die individuellen Freiheiten zu schützen.

Als klaren Gegensatz zu ideologisch getriebener Symbolpolitik, welche geprägt ist durch Verbote, planwirtschaftlichen Ansätze und Bedienung einzelner Klientels, vertrauen wir auf Innovationskraft, technologische Zusammenarbeit und eine vom gegenseitigen Verständnis geprägte Zusammenarbeit zwischen allen Leipzigerinnen und Leipzigern.

Grundprinzipien

Die FDP Leipzig bekennt sich zu den Grundsätzen der EU-Taxonomie, welche als Baustein des European Green Deal im Jahr 2019 verabschiedet wurde.

Die Kriterien und Rahmenbedingungen, öffentlich bekannt als ESG-Kriterien (**E**nvironmental **S**ocial **G**overnance), welche für die Berücksichtigung von Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Sozialfragen herangezogen werden, sollen auch im stadtpolitischen Geschehen Beachtung finden.

Die Leipziger Freidemokraten verstehen dies als Auftrag, eben zwischen jenen Teilbereichen Abwägungen zu treffen und Kompromisse zu schließen. Wer dies nicht tut, spaltet die Gesellschaft, vergiftet die Debattenkultur und ist aus unserer Sicht damit nicht nachhaltig.

Klimaneutrale Stadt

Die FDP Leipzig bekennt sich zu dem Ziel, dass die Stadt Leipzig schnellstmöglich im Rahmen sozialer und ökonomischer Abwägungen, klimaneutral wird.

Wir kritisieren deswegen den Beschluss des Stadtrates vom 30.10.2019, welcher mit Ausrufung des Klimanotstandes eine prioritäre Beachtung des Klimaschutzes bei allen städtischen Entscheidungen fordert.

Ob die Klimaneutralität im Jahr 2030, 2035, 2040 oder später erreicht wird, liegt nicht im Einflussbereich der Stadt Leipzig, sondern unterliegt dem Einfluss externer Faktoren wie der technologischen Weiterentwicklung, dem Zustand der Weltwirtschaft und dem politischen Handeln auf Ebene der Länder und des Bundes.

Deswegen sprechen wir uns lediglich für eine schnellstmögliche Umsetzung aus.

Die größten Entwicklungsschritte zu diesem Ziel kann die Stadt Leipzig durch Weiterentwicklungen in der Wasserwirtschaft, im Verkehrs- sowie Gebäudesektor sowie in der Umstellung der Energieerzeugung, weg von fossilen Brennstoffen, erreichen.

Die FDP Leipzig fordert ein, dass die Ressourcen der Stadt Leipzig weitgehend auf Fortschritte in diesen Teilgebieten investiert werden. Projekte außerhalb dieser Sektoren sind kritisch mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei positiver Veränderung der Energiebilanz zu betrachten. Symbolik-Projekte, wie zum Beispiel sogenannte Klimastreifen auf Brücken, sind ausschließlich über private und nicht öffentliche Mittel zu finanzieren.

Austauschbeziehung zu Bürgervereinen, Stadtteilprojekten und sonstigen Initiativen

In der Stadt Leipzig gibt es zahlreiche Zusammenschlüsse von Menschen, welche sich für eine nachhaltige Stadt einsetzen und dabei zum Beispiel Ideen für Verkehrskonzepte und zur Gestaltung von Frei- und Grünflächen einbringen. Die FDP Leipzig mahnt, trotz allem Respekt vor ehrenamtlichem Engagement, zur Vorsicht und kritischen Distanz. Nicht alle Initiativen beteiligen glaubhaft die Anwohner und Anspruchsberechtigten (z.B. Handwerker) aus dem jeweiligen Wirkungsradius ihres Projektes. Die Stadt Leipzig wird daher angehalten, sich stets selbst vor der Ableitung kommunaler Handlungen ein eigenes, breites Bild zur Sachlage zu verschaffen. Nur so kann Klientelpolitik verhindert werden und höhere Akzeptanz für klimapolitische Maßnahmen erreicht werden.

Die Stadtverwaltung mit einem klimaeffizienten Geschäftsbetrieb.

Auch durch ihr eigenes Handeln, ist die Stadt Leipzig über die Aktivitäten der Verwaltung ein Verursacher von CO₂-Emissionen. So können Stadt und Stadtrat nur authentisch für Klimaschutz werben, wenn die eigenen Ausstöße auf das notwendige Minimum reduziert werden.

Wir unterstützen die Stadt auf ihrem bisherigen Weg, den Energieverbrauch kommunaler Gebäude zu reduzieren und einen Teilbedarf über Eigenerzeugung abzudecken. Entscheidungen über das Beschaffungsmanagement und das Flottenmanagement des eigenen Fuhrparks überlassen wir im Vertrauen auf verantwortungsbewusstes Handeln der Stadtverwaltung.

Die größten Nachlässigkeiten sehen wir nach wie vor in der Digitalisierung und daraus folgenden Effekte für die Reduzierung des CO₂-Verbrauchs:

Wir setzen uns ein für die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, wo möglich. Dabei wollen wir Home-Office-Fähigkeit als zentrales Kriterium der Software- und Hardwarebeschaffung einführen und die vorhandenen analogen Akten zügig zu digitalisieren (Einführung E-Akte). Dadurch werden Arbeitswege der Mitarbeitenden reduziert.

Bei jeder Aufgabe, für die sich digitale und analoge Umsetzungen anbieten, soll standardmäßig die digitale Variante bevorzugt werden (digital first). Es soll zukünftig einer Begründung bedürfen, wenn ein Verfahren analog ausgestaltet wird. Dies kann nachhaltig zu einer Senkung des Papierverbrauchs führen.

Grüne Stadtplanung mit gelber Prägung.

Mit Blick auf das Erreichen des Ziels einer klimaneutralen Stadt muss der Gebäudesektor im Fokus stehen, da dieser in Deutschland mit einem Anteil von 40% zu den größten Verursachern von CO₂-Emissionen gehört.

Mit Blick auf Stadtklima und Flächenversiegelung muss mit Bedacht über die Bebauung weiterer Freiflächen entschieden werden: Um die akute Wohnungsnot und den Mangel an sonstiger städtischer Infrastruktur zu bekämpfen, ist dies aber notwendig. So sprechen wir uns für Neubauten und zusätzliche Flächenversiegelung aus, wie zum Beispiel beim Jahrtausendfeld in Lindenau. Wenn dies nicht geschieht, werden Menschen ins Umland vertrieben, wo durch niedrigere Bebauungshöhen eine höhere Flächenversiegelung pro Einwohner erfolgt. Mit Blick auf das gesamte Ökosystem, wo Leipzig auch eine Verantwortung für das eigene Umland hat, ist dies nicht klimagerecht. Die Stadt Leipzig soll deswegen auch den Weg für den Bau von Hochhäusern weiterhin bereiten. Diese sind mit Blick auf die Baukosten und Umweltbilanz (Flächenversiegelung) effizienter.

Die Leipziger Freidemokraten setzen für Neubauten dabei nicht strengere auf Baustandards mit sich immer wieder verschärfenden Anforderungen an die Energieeffizienz, sondern über einen effizienten Einsatz knapper finanzieller Mittel.

Wir sind der Meinung, dass bereits jeder Neubau in Deutschland, welcher den Mindestanforderungen des gegenwärtig geltenden Baurechts entspricht, ausreichend energieeffizient ist. Wir möchten unseren Fokus stattdessen darauf setzen, den historischen Gebäudebestand in der Stadt Leipzig weitgehend energieeffizient zu sanieren. Das Er-

reichen eines mittleren Energieeffizienzstandards (mindestens D nach derzeitiger Einteilung der Klassen zur Energieeffizienz) sehen wir als ausreichend an, da es bereits zu einer massiven Verbesserung führt und mit kleineren Maßnahmen, wie der Keller- und Dachgeschossdeckendämmung und den Austausch alter Fenster, erreicht werden kann.

Wir sprechen uns explizit dafür aus, dass energetische Sanierungsmaßnahmen auch auf Mieter umgelegt werden dürfen. Da Eigentümer wie Mieter die Anspruchsberechtigten einer klimaneutralen Stadt sind, haben auch alle gleichermaßen eine finanzielle Verantwortung zu tragen und Belastungen sind fair zu verteilen. Um dies zu ermöglichen und unabhängig vom Verwaltungshandeln zu machen, fordern wir die sofortige Abschaffung aller sechs bestehenden sogenannten sozialen Erhaltungsgebiete in Leipzig, die notwendige Sanierungen einschränken.

Gleiches gilt für die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft als strategisch wichtige Beteiligung der Stadt Leipzig: Wir setzen uns dafür ein, dass die LWB nach marktwirtschaftlichen Prinzipien die Investitions- oder Deinvestitionsentscheidungen über den eigenen Immobilienbestand trifft und dahingehend zwischen Sanierung des Eigenbestandes und Neubau Abwägungen trifft.

Wesentlicher strategischer Fokus insgesamt, mit Blick auf das gesamte Stadtgebiet, kann mit Blick auf den historischen Gebäudebestand nicht sein, den Energieverbrauch der Gebäude möglichst dem Nullpunkt zu nähern, sondern nur sein, die Energieerzeugung möglichst grün zu transformieren.

Die Leipziger Freidemokraten sprechen sich daher dafür aus im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung die Klimaneutralität durch einen Mix aus Fernwärmeversorgung, Strom für Wärmepumpen und Wasserstoff für dezentrale Heizanlagen zu planen.

Damit möchten wir die technische Transformationsverantwortung vom Hauseigentümer auf die Stadtwerke Leipzig verlagern, da diese einerseits Knowhowträger sind und andererseits Skalen- und Synergieeffekte über die Entwicklung gesamtheitlicher Lösungen erzielen können. Über die Einpreisung dieser Investitionen in die spätere Fernwärmeversorgung sehen wir einen fairen Lastenausgleich zwischen Erzeuger und Verbrauchern.

Um die Maßnahmen der kommunalen Wärmeleitplanung umzusetzen, benötigen wir dringend Fachkräfte: Die FDP Leipzig setzt sich dafür ein, dass die Stadtverwaltung neben einer entsprechenden Vergütung auch attraktive Arbeitsbedingungen schafft.

Mit Anschluss an das Fernwärmenetz haben die Stadtwerke dahingehend, wie bereits durch das neue Heizkraftwerk Leipzig Süd erfolgt, weitere Standorte mit Heizkraftwerken entsprechend einer Bedarfsermittlung zu entwickeln.

Als sinnvolle Ergänzung im urbanen Raum sehen wir den deutlichen Ausbau von Solar-Aufdachanlagen. Einem weiteren Ausbau steht häufig der Denkmalschutz entgegen:

Das Amt für Bauordnung und Denkmalpflege soll die Abteilung für Denkmalpflege (untere Denkmalschutzbehörde) auffordern, alle Ermessensspielräume im Rahmen des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes auszunutzen, um die energetische Verbesserung (z.B. durch Solaraufbauten) zu ermöglichen.

Als sinnvolle Ergänzung für den nicht-urbanen Raum, zusätzlich zu PV-Anlagen, sehen wir den Bau von Windrädern am Stadtrand. Den Sorgen von Anwohnern ist dabei nicht mit Belehrungen aus dem urbanen Milieu zu begegnen, sondern mit Informationskampagnen und Möglichkeiten der Partizipation: Wir regen an Modelle zu entwickeln, welche die Anwohner finanziell am Erfolg einer Windenergieanlage partizipieren lassen.

Die FDP Leipzig misst der kommunalen Wasserwirtschaft im Sinne einer wassersensiblen Stadtentwicklung eine hohe Bedeutung bei. Wir unterstützen alle Maßnahmen und Strategien, welche Leipzig zur Schwammstadt hin entwickeln. Dabei achten wir kritisch darauf, dass keine Kampagne gegen den Wohnneubau entsteht. Wir bekennen uns aber zur Notwendigkeit, die Versiegelung von Flächen auf einem Minimum zu belassen.

Nachhaltigkeit mit gesunder Debattenkultur

Die Leipziger Freidemokraten setzen sich dafür ein, dass die Debattenkultur um die Klimaproblematik von Anstand und Respekt sowie dem ehrlichen Versuch, sich gegenseitig zu verstehen, geprägt sein muss.

Neue Wege für Leipzigs Finanzpolitik

Die städtischen Finanzen sind von zentraler Bedeutung für die Handlungsfähigkeit, die Entwicklung und letztlich für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, da sie die Basis für öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen bilden. Wir Freie Demokraten wollen die Stadtfinanzen in Leipzig zukunftsfest machen. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik sichert Freiheit und Handlungsspielräume in der Zukunft.

Kommunale Steuern

Die kommunalen Steuern spielen eine entscheidende Rolle, indem sie einen substantiellen Beitrag zum Stadthaushalt leisten, aber auch Kriterien zur Standortwahl von Unternehmen sind. Allen voran stehen die Realsteuern wie die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, aber es gibt auch einige weitere kleinere Steuern. Auf die kommunalen Steuern legen wir ein besonderes Augenmerk, da die Stadt die Höhe und Erhebung dieser Steuern zum Teil selbst in der Hand hat und dies direkte Auswirkung auf die lokale Wirtschaft hat.

Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer haben sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Allerdings entfällt ein erheblicher Teil des Zuwachses auf wenige Unternehmen der Automobilindustrie. Dies führt zu einer hohen Abhängigkeit von einer konjunkturanfälligen Branche und durch die Exportorientierung von der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu China. Da die auf diese Branche entfallenden Einnahmen auch kurzfristig stark sinken oder entfallen können sind städtische Haushalte so zu planen, dass entsprechende Reserven vorhanden sind.

Grundsteuer

Die FDP hat sich im Leipziger Stadtrat nach Beschlussfassung der Grundsteuerreform dafür eingesetzt, dass diese in der Stadt Leipzig aufkommensneutral umgesetzt wird. Wir begrüßen, dass dies der Stadtrat im Februar 2024 so beschlossen hat. Das Grundsteueraufkommen wird dadurch im Jahr 2025 durch die Reform nicht ansteigen.

Bei der Grundsteuer handelt es sich um eine Substanzsteuer, welche von Unternehmen unabhängig von ihrer Ertragslage zu bezahlen ist. Darüber hinaus belastet sie Wohnungseigentümer und Mieter. Wir messen bezahlbarem Wohnraum eine hohe Bedeutung bei. Daher fordern wir finanzielle Spielräume der Stadt Leipzig zu einer Absenkung der Grundsteuer zu nutzen anstatt immer neue Ausgaben zu beschließen.

Bagatellsteuern

Die auf die einzelnen Bagatellsteuern entfallenden Einnahmen sind höchst unterschiedlich. Während auf die Beherbergungssteuer mit ca. 10 Mio. Euro allein zwei Drittel des Gesamtaufkommens entfallen, sind es bei Zweitwohnungsteuer mit 1,5 Mio. Euro nur etwa 10 Prozent. Allerdings führt die Zweitwohnungsteuer auch dazu, dass mehr Menschen ihren Hauptwohnsitz in Leipzig anmelden und verbessert dadurch die Einnahmesituation über die Finanzausgleichsmechanismen. Die Erfassung, Verwaltung und Prüfung dieser Steuern beansprucht Ressourcen von Unternehmen und Behörden, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnten. In Anbetracht dieser Situation wollen wir Freie Demokraten überprüfen, welche dieser Steuern abgeschafft werden können.

Städtische Ausgaben

Mit Blick auf die Ausgabenseite des Stadthaushalts gilt es, klare Priorisierungen vorzunehmen und den Fokus auf die Kernaufgaben der Stadt zu richten. Eine nachhaltige Finanzpolitik erfordert eine Konzentration auf die kommunalen Kern- und Pflichtaufgaben, die das Rückgrat einer jeden Stadt bilden. Erst wenn diese Grundfunktionen reibungslos und zufriedenstellend erfüllt werden, können darüber hinausgehende freiwillige Ausgaben in Betracht gezogen werden. Jede zusätzliche Ausgabe ist kritisch zu hinterfragen und ist nur dann umzusetzen, wenn die Pflichtaufgaben der Stadt bereits auf einem soliden Fundament stehen und eine Finanzierung ohne zusätzliche Schulden gesichert ist.

Um diese Priorisierung auf der Ausgabenseite zu konkretisieren, legen wir Freie Demokraten besonderen Wert auf die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Bildungsinfrastruktur. Die Schulen müssen sich in einem tadellosen Zustand befinden, um ein angenehmes Umfeld für Schüler zu schaffen, in dem sie sich wohlfühlen und ihre Leistungspotenziale entfalten können. Dies beinhaltet nicht nur bauliche Aspekte, sondern auch die Pflege hygienischer Standards, wie saubere sanitäre Anlagen.

Wir betonen die Notwendigkeit einer kritischen Bewertung von Ausgaben, insbesondere wenn es um Partikularinteressen geht, die möglicherweise neue Referate und zusätzliche Stellen in der Verwaltung mit sich bringen. Unser Fokus liegt darauf, die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger und nicht nur einzelner Gruppen zu verbessern.

Die immer weiter steigenden Personalkosten sind ein großes Problem. Dies erfordert eine strategische Überprüfung. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine effiziente und zielgerichtete Personalpolitik von entscheidender Bedeutung. Das kann die Evaluierung von Arbeitsprozessen, die Einführung technologischer Innovationen wie KI zur Effizienzsteigerung und gegebenenfalls auch die Neubewertung von Stellenprofilen und -notwendigkeiten umfassen.

Wir Freie Demokraten lehnen eine weitere Vergünstigung des bereits subventionierten Deutschlandtickets im Rahmen des Leipzig-Pass ab. Der reguläre Preis ist günstig genug, sodass dieses selbst durch Bürgergeldempfänger genutzt werden kann.

Der Prüfstand für Ausgaben, unabhängig von ihrer Größe, ist ein wichtiger Bestandteil eines verantwortungsbewussten Finanzmanagements, um Ressourcen effizient zu nutzen und die finanzielle Stabilität der Stadt zu gewährleisten.

Verschuldung der Stadt

Die Obergrenzen für die städtische Verschuldung werden derzeit bei der Aufstellung und der Beschlussfassung des Haushaltes überschritten. Man hofft auf ein Entgegenkommen der Rechtsaufsicht damit der Haushalt genehmigt wird. Die Freien Demokraten wollen diese Praxis beenden.

Angesichts der hohen Risiken bei den Einnahmen insbesondere aus der Gewerbesteuer wollen wir erreichen, dass die Verschuldungsobergrenzen bei der Aufstellung und der Beschlussfassung nur noch zu 90 Prozent ausgelastet werden.

Kommunale Eigenbetriebe und Beteiligungen

Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt nicht der bessere Unternehmer ist. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine Überprüfung von Privatisierungsmöglichkeiten für kommunale Unternehmen. Hierbei kann die Stadt Einnahmen erzielen, die zur Schuldentilgung dienen könnten. Die Einbindung neuer Anteilseigner birgt zudem das Potenzial für frische Ideen und innovative Ansätze in den betreffenden Unternehmen. Dies kann zu einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung beitragen. Gleichzeitig wird die unternehmerische Ausrichtung gefördert und verhindert rein politisch motivierte Einflussnahmen. Besonders im Fokus steht dabei die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft (LWB), für die wir weiterhin eine wirtschaftliche Herangehensweise befürworten. Kommunale Unternehmen sollten sich nicht allein der Ideologie der Mehrheit im Stadtrat unterwerfen, sondern wirtschaftlich agieren.

Impressum

FDP Kreisverband Leipzig

vertreten durch: Dr. Alexander Gunkel

Täubchenweg 5

04105 Leipzig

info@fdp-leipzig.de